

MDL-NEWSLETTER

1/2026

BERND KRÜCKEL MDL
Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selfkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL
Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



Närrischer Landtag: Über 166 Tollitäten im Parlament

Die KG Grubenrand-Piraten aus Keyenberg mit dem Prinzenpaar

Alexander und Elisabeth Tetzlaff, begleitet von Thomas Schnelle

Foto: Landtag NRW/Bernd Schälte

NRW-SPORTMILLIARDE

Investitionen in die Zukunft des Vereinssports

Die Landesregierung hat das umfangreichste Investitionsprogramm für den Sport in der Geschichte Nordrhein-Westfalens auf den Weg gebracht. Mit der sogenannten NRW-Sportmilliarde stellt das Land rund eine Milliarde Euro für die Modernisierung, Sanierung und den Neubau von Sportstätten und Schwimmbädern bereit. Kein anderes Bundesland investiert derart breit, nachhaltig und umfangreich in die sportliche Infrastruktur.

Der Kern des Programms besteht aus 600 Millionen Euro neuen Landesmitteln, die noch in diesem Jahr zum Abruf bereitstehen sollen. Davon sind 200 Millionen Euro explizit für Sportvereine re-

serviert. Hier wird derzeit ein Förderprogramm ausgestaltet, das sich an den erfolgreichen „Moderne-Sportstätte“-Programmen orientiert. Weitere 400 Millionen Euro fließen in kommunale Sportstätten und Schwimmbäder, was auch den Vereinen zugutekommt, die diese Einrichtungen nutzen. Ergänzt wird das Programm durch 375 Millionen Euro aus der bewährten Sportpauschale.

Die 200 Millionen Euro, die direkt in die Vereinssportstätten investiert werden, entsprechen immer

hin zwei Dritteln des erfolgreichen Vorgängerprogramms „Moderne Sportstätte 2022“, das mit 300 Millionen Euro ausgestattet war. In einer Zeit, in der öffentliche Haushalte durch Wirtschaftskrise und geopolitische Spannungen unter erheblichem Druck stehen, ist dies ein bemerkenswertes Bekenntnis zum Breitensport. Die Landesregierung zeigt damit, dass sie Prioritäten setzt: Das Geld fließt nicht in teure Werbekampagnen, sondern direkt in die Infrastruktur der Vereine vor Ort. ■

Bernd Krückel



Bernd Krückel MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 46. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.

NRW NÄRRISCHER LANDTAG

Tollitäten aus dem Kreis Heinsberg im NRW-Parlament empfangen

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat Anfang Februar mehr als 1.555 karnevalistische Gäste, darunter über 166 Prinzenpaare, Dreigestirne und närrische Delegationen im Parlament von Nordrhein-Westfalen empfangen.

Musikgruppen, Fanfarenzüge und Tanzgruppen aus allen Landesteilen Nordrhein-Westfalens zogen in die Bürgerhalle ein. Mit Alaaf und Helau feierte der Landtag das närrische Brauchtum. Nach der Vorstellung der Prinzenpaare auf der Bühne des Parlamentsgebäudes startete das Abendprogramm mit einem Auftritt der „Höhner“.

Auch das von Thomas Schnelle eingeladene Prinzenpaar Alexander und Elisabeth Tetzlaff und die 1. Vorsitzende Nina Lennartz von der KG Grubenrand Piraten e. V. aus Keyenberg feierten beim Närrischen Landtag. Aus den Händen von André Kuper erhielten sie den vom Düsseldorfer Karnevalswagenbauer Jacques Tilly entworfenen Sessionsorden.

Ebenso konnte das von Bernd Krückel geladene Heinsberger Stadtprinzenpaar Dietmar und Janine Vossen von der KG Kemper Gröne im Landtag den Karneval feiern. Die Kemper Gröne stellen in diesem Jahr das Stadtprinzenpaar für die Stadt Heinsberg. Gemeinsam mit ihrer Abordnung, bestehend aus den Adjutanten Michael

Schröder, Carsten Gehring und Jan Vossen, repräsentierten sie die Heinsberger Karnevalstradition im Herzen der Landespolitik.

Auch die KG Lott se loope aus Geilenkirchen-„Immenwauweiler“, die KG Brööker Waaterratte aus Oberbruch und die Erkelenzer KG 1832 e. V. waren mit Prinzenpaaren und Abordnungen vertreten, ebenso wie Heinsbergs Bürgermeister Kai Louis.

„Karneval verbindet die Menschen in unserer Heimat und stärkt den Zusammenhalt in den Gemeinden. Die Vereine leisten

mit ihrem Engagement einen wichtigen Beitrag für das gesellschaftliche Leben in unseren Städten und Dörfern“, so Bernd Krückel zu den Feierlichkeiten im Düsseldorfer Parlament.

„Der Empfang im Landtag ist für die Prinzenpaare und ihre Vereine eine besondere und verdiente Anerkennung. Die Grubenrand-Piraten aus Keyenberg haben rheinische Lebensfreude ins Parlament mitgebracht. Solche Abende zeigen, wie stark der ehrenamtliche Zusammenhalt in unseren Gemeinden ist“, betonte Thomas Schnelle. ■



Die KG Kemper Gröne aus Heinsberg-Kempen mit Stadtprinzenpaar Janine und Dietmar Vossen, begleitet von Bernd Krückel (Foto: Landtag NRW/Bernd Schälte)

KIBIZ-REFORM

Pragmatische Antworten auf die Personalfragen

Die Landesregierung hat in der vergangenen Plenarwoche ihren Entwurf zur Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) in den Landtag eingebracht. Die geplanten Änderungen haben in den vergangenen Wochen intensive Diskussionen ausgelöst, insbesondere die Regelungen zu Kern- und Randzeiten sowie zu flexibleren Gruppengrößen.

Für die zahlreichen Kindertagesstätten im Kreis Heinsberg, ob in kommunaler oder freier Trägerschaft, steht dabei eine zentrale Frage im Mittelpunkt: Wie können Einrichtungen auf die angespannte Personalsituation reagieren, ohne Gruppen schließen zu müssen?

Die Ausgangslage ist vielerorts die gleiche: Kindertagesstätten verfügen über qualifiziertes Personal, müssen aber aufgrund von wenigen Ausfällen dennoch Gruppen kurzfristig schließen oder Betreuungszeiten einschränken. Der Grund sind starre Personalvorgaben, die an feste Gruppenformen gekoppelt sind.

Die Reform des KiBiz zielt darauf ab, solche Schließungen zu vermeiden und Eltern mehr Planungssicherheit zu bieten. Es handelt sich um eine pragmatische Antwort auf eine akute Problemlage, nicht um eine grundlegende

Qualitätsreform, die mittelfristig noch folgen soll.

Das am intensivsten diskutierte Element ist das Modell der Kern- und Randzeiten. Träger erhalten die Möglichkeit, innerhalb ihrer Öffnungszeiten Kernzeiten von mindestens fünf Stunden täglich zu definieren, in denen die pädagogische Arbeit mit dem vollen Fachpersonal stattfindet.

In den Randzeiten, die vorwiegend durch Bring- und Abholsituationen geprägt sind, dürfen Träger flexibler agieren und neben Erzieherinnen und Erziehern auch Kinderpflegerinnen einsetzen, auch diese sind Fachkräfte mit mehrjähriger Ausbildung. Entscheidend ist: Das Land finanziert weiterhin neun Stunden pädagogische Kernzeit pro Tag. Die Entscheidung über die Nutzung dieser Flexibilität liegt bei den Trägern vor Ort, nicht beim Land. Es handelt sich um eine Kann-Option, keine Verpflichtung.

Ein zweites Instrument gegen kurzfristige Schließungen sind flexiblere Gruppengrößen in klar begrenzten Ausnahmefällen. Das bedeutet, dass die vorgegebene



Gruppengröße – zeitlich begrenzt – überschritten werden kann. Die Standard-Gruppengrößen bleiben unverändert. Die Überstunden der Gruppengrößen, müssen aber nach sechs Wochen dem Jugendamt gemeldet und genehmigt werden. Diese Regelung dient dazu, Kindern, zum Beispiel bei Umzug den Besuch einer KiTa zu ermöglichen. Die Anhörung zu dem Gesetzentwurf wird voraussichtlich im April stattfinden. Änderungen des Entwurfs werden im Gesetzgebungsverfahren sicher noch stattfinden. ■

Bernd Krückel

NRW NEUE MINISTERIN

Verena Schäffer übernimmt in schwieriger Lage

Die schwarz-grüne Landesregierung hat Ende Januar eine erste größere personelle Veränderung vorgenommen. Josefine Paul (Grüne) trat nach langer Kritik als Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration zurück. Ihre Nachfolgerin wurde Verena Schäffer, die bisherige Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag.

Der Rücktritt Pauls war die Folge anhaltenden Drucks aus der Opposition und zunehmender öffentlicher Kritik. Im Zentrum stand ihre Rolle bei der Aufarbeitung des Terroranschlags von Solingen im vergangenen August. Paul selbst sprach von einer „zunehmenden Polarisierung“, die eine sachliche Aufklärung überlagerte.

Mit Verena Schäffer (Grüne) übernimmt nun eine erfahrene Parlamentarierin das Amt. Die promovierte Politikwissenschaftlerin sitzt seit über 15 Jahren im Landtag und führte in den vergangenen sechs Jahren gemeinsam mit Paul die Grünen-Fraktion. Ministerpräsident Wüst hob bei der Ernennung hervor, Schäffer bringe „Erfahrung, Haltung und ein feines Gespür für das, was Menschen bewegt“ mit. Auch ich selbst habe Frau Schäffer in fünf gemeinsamen Jahren im Innenausschuss als sehr konstruktiv und sachorientiert kennengelernt.



Verena Schäffer,
Ministerin für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration

Noch am Tag von Ministerin Schäffers Vereidigung teilte ihr Ministerium mit, dass der Gesetzentwurf zur KiBiz-Reform überarbeitet wurde. Eine zentrale Änderung betrifft die Finanzierung: Die Erhöhung der Grundfinanzierung um jährlich zweihundert Millionen Euro, die im ursprünglichen Entwurf befristet war, wird jetzt dauerhaft gewährt. Damit ist einer der

Hauptkritikpunkte der Träger ausgeräumt. Der Gesetzentwurf wurde in der vergangenen Woche in den Landtag eingebracht. ■

Thomas Schnelle

LAND 1.700 NEUEINSTELLUNGEN

Trendwende bei den Referendariatsstellen in der Justiz

Das Justizministerium hat Ende Januar angekündigt, die Zahl der Einstellungen von Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren im laufenden Jahr wieder signifikant zu erhöhen. Trotz weiterhin angespannter haushaltswirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist es gelungen, die Weichen für eine dauerhafte personelle Stärkung des Rechtsstaats zu stellen. Für 2026 sind über 1.700 Neueinstellungen geplant, eine Steigerung von rund 37 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit kehrt Nordrhein-Westfalen zu einem Einstellungs niveau zurück, das dem des Jahres 2023 entspricht.

Hintergrund ist eine Phase der Konsolidierung, die ab Juli 2024 aufgrund der angespannten Haushaltslage notwendig geworden war. Die Einstellungszahlen mussten damals reduziert werden. Diese Entscheidung stieß bei den Betroffenen auf erhebliche Kritik, denn sie verschlechterte die Planungssicherheit für junge Juristinnen und Juristen und minderte die Attraktivität Nordrhein-Westfalens als Ausbildungsstandort. Mit der nun beschlossenen Erhöhung wird eine verlässliche und attraktive Ausbildungssituation wieder sichergestellt.

Die Entscheidung reagiert auf die hohe Nachfrage und die Bedeutung einer kontinuierlichen Ausbildung qualifizierter Juristinnen und Juristen für den Standort Nordrhein-Westfalen. Die Gesamtzahl der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare im Land wird nach der Phase der Konsolidierung wieder kontinuierlich ansteigen. Ein starker Rechtsstaat benötigt einen starken Nachwuchs. Dieser Grundsatz gilt trotz enger Haushaltslage.

Für die Bewerber bleibt das bewährte Verfahren bestehen: In allen drei Oberlandesgerichtsbezirken, Düsseldorf, Hamm und Köln, wird weiterhin grundsätzlich jeden Monat eingestellt. Die Zuweisung erfolgt nach dem Eingang der Bewerbungen, sodass Planungssicherheit für den juristischen Nachwuchs besteht. Mit der Erhöhung der Einstellungszahlen investiert das Land in die Köpfe, die morgen das Recht sprechen und wahren werden. ■

Thomas Schnelle



NRW AKTUELLE STUNDE

GEMA-Gebühren für Vereine Vorsicht vor Fehlinformationen

In den vergangenen Wochen haben sich zahlreiche Ehrenamtlichen und Ehrenamtler aus dem Kreis Heinsberg bei mir gemeldet, die ich leider enttäuschen musste. Der Grund: Berichte in Medien und im Internet, wonach das Land Nordrhein-Westfalen künftig die GEMA-Gebühren für Vereinsfeste übernehmen würde. Schützenfeste, Konzerte, Sommerfeste - endlich Entlastung von den oft mehreren hundert Euro teuren Musiklizenzen.

Bedauerlicherweise muss ich an dieser Stelle deutlich klarstellen: Diese Darstellung ist irreführend. Ein solches Programm existiert derzeit nicht.

Der Landtag hat im vergangenen Herbst einen Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossen, der die Landesregierung beauftragt, Möglichkeiten zur Entlastung zu prüfen und Gespräche mit der GEMA aufzunehmen. Es handelt sich somit um einen Prüfauftrag, nicht um eine beschlossene Kostenübernahme. Und dieser Prüfauftrag steht ausdrücklich unter dem Vorbehalt „im Rahmen vorhandener Mittel“, eine Formulierung, die haushälterisch wenig Spielraum lässt.

Die Landesregierung führt derzeit Gespräche über einen möglichen Rahmenvertrag mit der GEMA,



ähnlich wie er in Bayern oder Hessen besteht.

Für Vereinsvorstände bedeutet das konkret: Wer jetzt schon für Schützenfeste, Sommerfeste oder Konzerte plant und dabei auf eine Kostenübernahme durch das Land setzt, kalkuliert auf unsicherer Grundlage. Es gibt allerdings schon Vereinbarungen mit der GEMA, die einen teilweisen Nachlass von Gebühren vorsieht, zum Beispiel von Schützenverbänden.

Der politische Wille zur Unterstützung des Ehrenamts ist unbestritten vorhanden, das zeigt der fraktionsübergreifende Beschluss.

Doch zwischen parlamentarischem Auftrag und tatsächlicher Entlastung liegen komplexe Verhandlungen und haushälterische Realitäten. Sobald es konkrete Ergebnisse gibt, werde ich selbstverständlich informieren. ■

Bernd Krückel

LANDESPSYCHIATRIEPLAN

Modernisierung der psychischen Gesundheitsversorgung

In Nordrhein-Westfalen leiden rund 2,1 Millionen Menschen, mehr als jeder zehnte Einwohner, an einer depressiven Störung, etwa 800 000 davon an einer Angsterkrankung. Ende Januar haben die Regierungsfraktionen einen Antrag in den Landtag eingebracht, der die Fortschreibung des Landespsychiatrieplans vorsieht. Ziel ist es, die Versorgung gezielt weiterzuentwickeln und an die Herausforderungen einer Zeit anzupassen, in der psychische Belastungen bei Erwachsenen wie auch bei Kindern und Jugendlichen deutlich zugenommen haben.

Der Antrag verfolgt mehrere zentrale Ansätze. Gemeindepsychiatrische Verbünde sollen weiter gestärkt werden, damit Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Passgenaue Angebote für unterschiedliche Gruppen sollen ausgebaut werden, denn psychische Erkrankungen treffen Menschen in verschiedenen Lebenssituationen auf unterschiedliche Weise. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Versorgung von Kindern und Jugendlichen, deren psychische Belastung in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen ist. Die Abstimmung zwischen den verschiedenen Versorgungsangeboten soll verbessert werden.

Ein weiterer Baustein ist die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen. Trotz der weiten Verbreitung ist es noch immer für viele Menschen schwierig, offen über seelische Probleme zu sprechen oder Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Fortschreibung des Landespsychiatrieplans zielt darauf ab, die Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung zu stärken und Vorurteile abzubauen. Wer psychisch krank ist, benötigt Hilfe, die schnell erreichbar ist, gut zusammenarbeitet und im Alltag trägt.

Die präventiven Angebote sollen sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene ausgebaut werden. Zudem soll wohnortnahe Hilfe leichter zugänglich gemacht und die Zusammenarbeit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung verbessert werden. Die Initiative ist Teil einer umfassenden Strategie, die psychische Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen zu modernisieren und den veränderten gesellschaftlichen Anforderungen anzupassen. ■

Thomas Schnelle

Eine friedliche
und fröhliche
närrische Zeit!



CDU

NRW INNERE SICHERHEIT

Bundesrat beschließt Initiative NRW gegen Finanzkriminalität

Ende Januar hat der Bundesrat eine vom Land Nordrhein-Westfalen eingebrachte Initiative für eine wirksame Bekämpfung organisierter Finanzkriminalität beschlossen. Mehrere Länder schlossen sich dem Antrag in den Beratungen an, eine breite Mehrheit stimmte im Plenum zu. Im Kern geht es um eine einfache Erkenntnis: Organisierte Kriminalität lebt vom Geld. Wer Clans, Banden und kriminelle Netzwerke wirklich treffen will, muss ihnen die finanziellen Grundlagen entziehen.

Das Problem zeigt sich täglich in der Praxis. Kriminelle Gruppierungen kaufen Immobilien zu horrenden Preisen und verzerren so den Wettbewerb drastisch zuungunsten von Familien, die sich Wohneigentum wünschen. Eigentlich haben die Käufer aber gar keine legalen Einkünfte. Andere nutzen das informelle Hawala-Banking, um Gelder ohne große wirtschaftliche Risiken zu transferieren. Wieder andere verschleiern ihre Vermögenswerte geschickt und schleusen kriminelle Gelder in den legalen Wirtschaftskreislauf ein. Allen gemeinsam ist: Sie leben von Vermögen, das offensichtlich nicht legal erworben worden sein kann.

Bisher müssen die Ermittler jedoch mühsam nachweisen, dass schmutziges Geld unterwegs ist.

Das ist langwierig und kostet wertvolle Zeit und Ressourcen. Häufig verbleiben die illegal erworbenen Vermögenswerte am Ende bei den Tätern, weil der Nachweis der Geldwäsche nicht gelingt. Der Bundesratsantrag fordert daher eine verfassungskonforme Regelung zur administrativen Vermögensabschöpfung mit Beweislastumkehr. Das würde den Spieß umdrehen: Wer einen Lebensstil führt, für den es keine erkennbare legale Einkommensquelle gibt, muss erklären, woher das Geld kommt. Wenn er das nicht kann, wird es eingezogen. Eine solche Beweislastumkehr ist überall dort ein wirksames Instrument, wo der Nachweis von Schuld oder Unschuld für Ermittler besonders schwierig ist.

So könnten Ermittlungsbehörden früh Konten einfrieren, Immobilien sichern und informelle Bankensysteme trockenlegen, anstatt jahrelang die Geldflüsse nachzuverfolgen. Bei den rechtswidrig über-

Hawala-Banking transferierten Geldern, die nach aktueller Rechtslage bei den Tätern verbleiben, soll sich das ebenfalls ändern. Zudem fordert die Initiative, die mögliche Feststellung eines besonders schweren Falls von Steuerhinterziehung auf jede Steuerart auszuweiten, die in bandenmäßiger Form hinterzogen wird. Bislang gilt dies nur für Umsatz- und Verbrauchssteuern.

Die breite Zustimmung im Bundesrat zeigt: Diejenigen, die das absolute Gros der Ermittlungsarbeit in Deutschland machen, wollen und brauchen diese neuen Instrumente. Die Länder wollen nicht zahnlos sein, wenn es darum geht, illegale Geldströme zu kapern. Organisierte Kriminalität muss dort getroffen werden, wo sie am empfindlichsten ist: beim Geld. ■

Thomas Schnelle

LANDTAGSPRAKTIKUM

Junger Geilenkirchener entdeckt Politik hautnah

Politik ist oft abstrakt, besonders für junge Menschen. Doch wer einmal hinter die Kulissen schaut, erlebt häufig eine Überraschung: Landespolitik ist lebendiger, greifbarer und unserem Alltag näher als gedacht. Das durfte kürzlich auch Timon erfahren, ein 17-jähriger Schüler der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule in Geilenkirchen, der für zwei Wochen als Praktikant im nordrhein-westfälischen Landtag dabei sein konnte.

Seine Praktikumszeit fiel in eine geschäftige Plenarwoche. Timon hatte die Gelegenheit, bei zahlreichen Terminen dabei zu sein und so einen authentischen Einblick in den politischen Alltag zu gewinnen. Dabei blieb es nicht beim bloßen Zuschauen: Er übernahm eigenständig Recherchen zu aktuellen Themen und verfasste sogar einen Artikel für den Newsletter.

Was der junge Geilenkirchener besonders mitgenommen hat, fasst er selbst treffend zusammen: „*Gerade in meinem Alter war das Praktikum im Landtag eine besondere Erfahrung, weil ich gemerkt habe, dass Politik noch viel spannender ist als vorher gedacht. Durch die vielen Termine habe ich gesehen, dass man als Politiker tatsächlich etwas bewegen kann. Besonders beeindruckt hat mich, wie nah Politik an den*

Menschen und den Regionen ist. Das hat mein Interesse an Politik deutlich verstärkt und mir gezeigt, dass politisches Engagement von jungen Menschen sehr wichtig ist.“

Genau solche Erfahrungen sind wertvoll für beide Seiten. Junge

Menschen bekommen die Chance, demokratische Prozesse zu erleben und vielleicht selbst politisch aktiv zu werden. Gleichzeitig profitiert die Politik von frischen Perspektiven und dem direkten Draht zur jungen Generation. ■

Thomas Schnelle



Schülerpraktikant Simon trifft in Düsseldorf auf Ministerpräsident Hendrik Wüst und Thomas Schnelle.